

Spitalauslagerung: Störrisch bleibt der Stadtrat auf seinem Holzweg

In seinem heute angekündigten Bericht untersucht der Stadtrat verschiedene Szenarien, wie der „unternehmerische Handlungsspielraum“ des Stadtspitals Zürichs „unter angemessener demokratischer Mitbestimmung“ erweitert werden kann. Er kommt damit einem dringlichen Postulat von SP, GRÜNE und EVP vom Oktober 2021 nach. Leider wurde diese parlamentarische Auftragsarbeit nicht mit der dazu notwendigen ergebnisoffenen Haltung erledigt. Trotz all den sachlichen Argumenten, die für die demokratische Weiterentwicklung vom Stadtspital in seiner aktuellen Verwaltungsform sprechen, verkündet der Stadtrat bei seiner ursprünglichen, aber längst überholten Einschätzung: Die Auslagerung vom Stadtspital aus der Stadtverwaltung sei das einzige Instrument, dass die Zukunft des Hauses, und damit der städtischen Gesundheitsversorgung garantiere. Damit zerschellen die naiven Hoffnungen jener Parteien, welche im Berichtspostulat eine Möglichkeit sahen, ihre Ambivalenz gegenüber der Spitalauslagerung zu überwinden. Diese Arbeit kann nur eine kontinuierliche Analyse der Fakten schaffen.

Fakt ist, dass sich die finanzielle Situation des Stadtspitals in den letzten 6 Jahren dank verschiedenen gemeinderätlichen Interventionen stabilisiert, jedoch nicht gänzlich gelöst hat. Jahr für Jahr schreibt das Stadtspital ein Defizit, welches viel mit der unterdotierten Fallpauschalen und wenig mit seiner Rechtsform zu tun hat. Fakt ist, dass trotz verzerrten Behauptungen seitens des Stadtrats das Stadtspital schnell und geordnet verwaltungstechnisch weiterentwickelt werden konnte. Fakt ist, dass sich das Stadtspital auch in den schlimmsten Zeiten der Pandemie auf die effiziente Unterstützung des Stadtparlaments verlassen durfte. Die Verantwortung fürs Stadtspital trägt also nicht nur der Stadtrat allein. Er teilt sie stets mit dem Parlament.

Ebenso Fakt ist, dass die gesundheitspolitischen Herausforderungen, welche sowohl einzelne Krankenhäuser als auch die gesamte Gesundheitsversorgung in diesem Land bedrohen, struktureller und nicht verwaltungstechnischer Natur sind. Wie die Klimapolitik, braucht das Gesundheitswesen einen „system change“: Weder die individuelle noch die öffentliche Gesundheit sind Güter, die sich von kaum kontrollierten „Gesundheitsexpert:innen“ innerhalb eines Pseudomarkts handeln und verwalten lassen. Strukturell defizitäre Verwaltungseinheiten lassen sich auch nicht kostenneutral

externalisieren. Wie erdrückend die zwischenzeitliche Schuldenlast für die ausgelagerten Spitäler ist, lässt sich Woche für Woche nachlesen. Wer also glaubt, eine Dämpfung der Gesundheitskosten mit Auslagerung der Spitäler zu erreichen, befindet sich schlichtweg auf dem Holzweg.

Mit seiner störrischen Haltung stürzt der Stadtrat das Stadtspital in ein formal rechtliches Abenteuer – und dies zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Gerade jetzt, da sich der Fachkräftemangel in eine regelrechte Fachkräftedürre verwandelt, die Umsetzung der Pflegeinitiative auf sich warten lässt und die Ärzt:innen mehr Zeit am Schreibtisch als am Patient:innenbett verbringen, wäre es notwendig, dass der Stadtrat die vorhandenen Ressourcen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals aufwendet statt diese in administrativen Spielereien zu investieren. Es ist und bleibt für die AL daher unverständlich, weshalb SP und GRÜNE vor diesem Szenario und insbesondere nach der aktuellen stadträtlichen Positionierung eine technokratische Auslagerung des Spitals immer noch nicht definitiv ausschliessen können.

Selbstverständlich wird die AL die Weisung zum Bericht genau prüfen und die parlamentarische Debatte aktiv mitgestalten. Sie bietet nach wie vor gerne Hand für jede Erweiterung der demokratischen Kontrolle unserer Gesundheitsinstitutionen. Gleichzeitig wird sie jedoch jeden einzelnen Vorschlag, der zur Verschlechterung der medizinischen Situation des einzelnen bzw. der Stadtbevölkerung beiträgt, sowohl innerhalb als auch ausserhalb des Parlaments bekämpfen.

Für Rückfragen:

David Garcia Nuñez, Co-Fraktionspräsident: 078/6113394